

## **Das Elend der Welt**

In dem berühmten Buch mit gleichnamigen Titel untersuchen der französische Soziologe Pierre Bourdieu und seine Mitarbeiter/innen die Formen und Ursachen des Leidens in und an der Gesellschaft. Die Analyse konzentriert sich auf die sozialen und ökonomischen Verhältnisse in Frankreich Anfang der neunziger Jahre des vergangenen Jahrhunderts, vergleichbar mit den Entwicklungen in anderen Ländern Europas. Heute wissen wir: Der Rückzug des Staates aus seiner Verantwortung für das Wohlergehen der Menschen und die zunehmende Deregulierung von Wirtschaft und Gesellschaft haben weltweite Auswirkungen auf den Zustand des Planeten Erde. Die Globalisierung der Armut ist das Ergebnis der herrschenden neoliberalen Ideologie, die unvorstellbares Leid über die Menschheit gebracht hat.

Die Armut in der Welt und die Anzahl der Menschen, die hungern und die einen grauenvollen Tod sterben müssen, sind angesichts des maßlosen Reichtums in der westlichen Welt, ein schreiender Skandal. Trotz vieler Versprechungen von Regierungen und Institutionen in den reichen Industrieländern, hat sich an den bestehenden Zuständen nichts verändert, im Gegenteil, das Elend hat zugenommen. In keinem Regierungsprogramm der Welt haben Themen wie Armutsbekämpfung, Entwicklungspolitik und Umwelt Priorität.

### **Das Versagen der reichen Nationen**

Die Kluft zwischen arm und reich ist weltweit größer geworden. Fast die Hälfte der zurzeit 6,2 Milliarden Erdbewohner lebt von weniger als 2 Dollar am Tag. Rund 800 Millionen Menschen leiden Hunger. 1,1 Milliarden fehlt sauberes und bezahlbares Wasser. Etwa 2,5 Milliarden haben keine sanitären Anlagen und Abwasserentsorgung. Mehr als 2,2 Millionen Todesfälle jährlich werden auf unreines Wasser zurückgeführt. Rund 8 Millionen Kinder unter fünf Jahren sterben jedes Jahr in den Entwicklungsländern an Infektionen der Atemwege, Malaria, Masern oder Unterernährung. Etwa 3 Millionen Menschen sterben an den Folgen von Luftverschmutzung.

In den letzten zehn Jahren verschlechterte sich die globale Umweltsituation rasant. Roberto Bissio, Direktor des Dritte-Welt-Instituts in Montevideo und Koordinator des internationalen Social Watch Netzwerks stellte dazu fest: „International sind die notwendigen Maßnahmen zur Überwindung der Kluft zwischen arm und reich wohl bekannt: die Lösung des Schuldenproblems, Zugang zu den Weltmärkten für Produkte aus Ländern der Dritten Welt, Kontrolle der weltumspannenden Ströme spekulativen Kapitals und nicht zuletzt mehr und qualitativ bessere Entwicklungshilfe, die tatsächlich bei den Armen ankommt.“

Die größten Handelsschranken für die Länder der Dritten Welt sind Schutzzölle und Subventionen, die reiche Länder insbesondere ihren Bauern und Agrarfabriken zahlen. Diese Subventionen betragen nach Angaben der Weltbank rund 350 Milliarden Dollar im Jahr, sieben mal so viel, wie weltweit für Entwicklungshilfe aufgebracht wird! In Europa und in den USA werden jeden Tag fast eine Milliarde Dollar an Subventionen z.B. für Getreideberge und Milchseen ausgegeben. Diese Überschüsse werden oftmals zu niedrigen Preisen in arme Länder exportiert. Sie liegen regelmäßig unter den Produktionskosten der Bestimmungsländer, deren Märkte dann unter dem Druck der Billigimporte zusammenbrechen. Und umgekehrt: wenn die armen Länder ihre Erzeugnisse z.B. in Europa verkaufen wollen, so werden diese trickreich durch Einfuhrzölle und Handelsbarrieren abgewehrt oder stark verteuert, um die eigene Landwirtschaft vor der Konkurrenz zu schützen. Das nennt man dann auch noch Marktwirtschaft. „Subventionen müssen von der Produktion abgekoppelt werden. Es muss einen offenen Markt für die Entwicklungsländer geben,“ fordert John Evans vom gewerkschaftlichen Beraterstab der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD).

„Das Problem ist nicht, dass der Welthandel als solcher den Bedürfnissen und Interessen der Armen entgegenstünde, sondern dass seine Regeln zugunsten der Reichen manipuliert werden,“ heißt es in einer Studie der britischen Hilfsorganisation Oxfam. Das System der Vorteilsnahme, der Egoismus der Reichen, die Ausbeutung von Mensch und Natur sind die herrschenden Prioritäten in einer Welt, die auf diesem Weg einer Katastrophe zusteuert.

Die reichen Industrieländer haben ihre Versprechen der letzten zehn Jahre nicht eingelöst. Seit der UN-Konferenz in Rio de Janeiro im Jahre 1992 haben sich die globalen Probleme vielmehr verschärft. Die Regierungschefs von 178 Staaten verpflichteten sich damals dazu, den Raubbau an den Ressourcen der Erde einzustellen, die Atmosphäre zu schützen, die Vielfalt des Lebens zu erhalten, die Ozeane als Lebensraum zu bewahren, Hunger und Armut von Milliarden Menschen zu bekämpfen und ihnen eine Lebensperspektive zu geben. Bereits im Jahre 1970 haben sich die Industrieländer in einer Resolution der UN verpflichtet, jährlich 0,7 Prozent ihres Bruttosozialproduktes für Entwicklungshilfe aufzubringen. In Rio wiederholten sie 1992 das Versprechen. Bislang haben aber nur Dänemark, Luxemburg, Norwegen, die Niederlande und Schweden die Zusage eingehalten. Deutschland hat im Jahre 2001 lediglich 0,27 Prozent seines Bruttosozialproduktes zur Verfügung gestellt.

Heutzutage sind mehr Menschen vor Umweltkatastrophen auf der Flucht als zuvor. In einem Memorandum der Heinrich-Böll-Stiftung haben 16 Intellektuelle, Politiker und Aktivistinnen aus aller Welt eine Bilanz von „Zehn Jahre seit Rio“ gezogen. Darin heißt es u.a.: „Die gleichen Regierungen, die sich in Rio noch als Anwälte der Erde präsentiert hatten, ounteten sich im Januar 1995 in Marrakesch mit der Gründung der Welthandelsorganisation WTO als Verkäufer des Planeten. Sie gingen unbekümmert Verpflichtungen ein, die transnationalen Unternehmen den bedingungslosen Zugang zu Schätzen der Natur ermöglichen. Auch der Einfluss staatlicher Macht wurde zu Gunsten unbeschränkter Unternehmensmobilität geschwächt. Die Schaffung eines grenzenlosen Weltmarktes, auf dem Kapital und Waren (aber keine Menschen!) sich ungehindert bewegen können, war den Staatslenkern wichtiger als Ökologie und Gerechtigkeit.“ Und weiter: „Die Handelsliberalisierung im Stile der WTO untergräbt die soziale Ordnung, gefährdet die Nahrungssicherheit und setzt Ökosysteme weltweit einem erhöhten Risiko aus. Was Not tut, ist nicht freier Handel, sondern fairer Handel auf allen Ebenen.“

### **Der Einfluss der Konzerne**

Die bedingungslose Marktfreiheit von Unternehmen und Konzernen ist nicht Teil einer Lösung für eine gerechte und menschenwürdige Weltordnung, sondern Teil des Problems. Die Freihandels-Agenda der WTO wird niemals zu einer nachhaltigen Korrektur der Verhältnisse führen. Deshalb fordern Umweltschutzorganisationen eine UN-Konvention, wonach transnationale Unternehmen verpflichtet werden, sich weltweit an Umwelt- und Sozialstandards zu halten. Ein internationales Haftungsrecht soll garantieren, dass die Unternehmen für ihre Handlungen im Zweifel zur Rechenschaft gezogen werden.

In einer aktuellen Studie, die von der Umweltorganisation Greenpeace vorgelegt wurde, wird nachgewiesen, dass globale Konzerne bei Umweltverbrechen in der Regel straffrei bleiben. Das 150 Seiten starke Dokument listet eine Reihe von Umweltstraftaten und Unfällen besonders gefährlicher Industrien auf, wie Chemie, Gentechnik, Öl, Atomkraft, Schiffsrecycling und Bergbau. Bei allen 41 weltweit dokumentierten Fällen verursachten Konzerne schwere Schäden für Umwelt und Menschen. Meistens wurden die Unternehmen dafür nicht zur Rechenschaft gezogen.

Große transnational operierende Wirtschaftslobbies im Energie-, Wasser-, Chemie-, Gentechnik- und Saatgutsektor oder in der Tourismusbranche beeinflussen mit ihren Interessen auch das multilaterale Verhandlungsgeschehen rund um den Umweltschutz. Sie wollen Kontrollen und Sanktionen verhindern. So spricht sich z.B. Nestle-Chef Peter Brabeck generell gegen sanktionierbare Regeln für die Wirtschaft zum Schutz der Menschenrechte aus: „Wir

tun das ohnehin alles freiwillig“, begründet er seine Abwehr. Demnach könnte man z.B. auch alle Arbeitsgerichte abschaffen, weil die Unternehmer versprechen, sich freiwillig an alle Tarifverträge und Arbeitsgesetze zu halten.

Die weltgrößten Konzerne üben zunehmend Einfluss auf die Vereinten Nationen aus, indem sie großzügige Spenden überweisen. Auf Vorschlag des wirtschaftsfreundlichen Generalsekretärs Kofi Annan entstand beim Treffen des Weltwirtschaftsforums 1999 in Davos eine Partnerschaft zwischen Konzernen und UN, der „Global Compact“. Die Vereinbarung enthält neun Prinzipien im Bereich der Menschen- und Arbeitsrechte und des Umweltschutzes, die von den Unternehmen eingehalten werden sollen. Sie sind abgeleitet aus der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte, der Erklärung der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) über grundlegende Prinzipien und Rechte bei der Arbeit von 1998 und der Rio-Erklärung von 1992. Bisher sind der Initiative mehrere hundert Unternehmen beigetreten. Ohne klare Kriterien für eine Beteiligung bietet die UNO den Konzernen ihr blaues Logo zu Werbezwecken an. Die Einhaltung der Verpflichtungserklärung wird dagegen nicht überwacht. Ahndung von Verstößen ist nicht vorgesehen. Für die Armen der Welt hat dieser Pakt böse Folgen.

In der internationalen Klima-, Energie- und Biopolitik geht es um Wettbewerbs- und Standortvorteile, um Investitionen und Geschäfte in Milliardenhöhe. Da wollen sich die Profiteure der Globalisierung nicht zu einem verantwortungsvollen Handeln zwingen lassen. Zuverlässig steht an ihrer Seite insbesondere der amerikanische Präsident George W. Bush. Er verweigert verbindliche Verträge zur Rettung der Umwelt und zur Bekämpfung der Armut, wenn sie den Profitinteressen der amerikanischen Wirtschaft entgegenstehen. Angesichts der beispiellosen Flutkatastrophen in Europa und anderen Teilen der Welt als Folge von Wetterextremen durch Klimaveränderungen hat der Deutsche Naturschutzring (DNR) die USA des Krieges gegen die Natur bezichtigt. „Wer wie die Amerikaner für 25 % der vom Menschen verursachten Treibhausgase verantwortlich ist und gleichzeitig das Klimaschutzabkommen von Kyoto boykottiert, gehört auf die Anklagebank eines noch zu schaffenden internationalen Umweltgerichtshofs,“ erklärte DNR-Präsident Hubert Weinzierl.

### **Der Gipfel der Erklärungen**

Beim Weltgipfel zur nachhaltigen Entwicklung im südafrikanischen Johannesburg vom 26. August bis 4. September 2002 ging es wieder einmal um die Zukunft unseres Planeten. UN-Generalsekretär Kofi Annan begrüßte über 100 Staats- und Regierungschefs mit der Forderung, die „Selbsttäuschung“ zu beenden, „die zu viele von uns davon abhält, die äußerst prekäre Lage der Erde und ihrer Bewohner zu erkennen.“

Zehn Jahre nach dem Umweltgipfel von Rio de Janeiro sollte die Konferenz festschreiben, wie Armutsbekämpfung und Umweltschutz weltweit wirksam umzusetzen sind. Aber die größte Konferenz in der Geschichte der Vereinten Nationen erfüllte die Erwartungen nicht. Statt klare Ziele und feste Zeitvorgaben zu formulieren, verpflichteten sich die beteiligten Regierungen in vielen Fällen, alles irgendwie zu fördern und zu unterstützen.

Die Verhandlungen wurden, meist hinter verschlossenen Türen, im Sinne einer weiteren Liberalisierung des internationalen Handels von der Welthandelsorganisation WTO dominiert. Auf Vorschlag der Europäischen Union sollte z.B. bis zum Jahre 2015 insgesamt 15 Prozent Strom aus erneuerbaren Quellen kommen, obwohl der Anteil bereits heute 13 Prozent beträgt. Trotzdem scheiterte die Festlegung vor allem an den Ölkonzernen der USA und an den Opec-Staaten.

Geeinigt hat man sich in Johannesburg darauf, dass die Anzahl der Menschen, die keinen Zugang zu sauberem Trinkwasser haben, bis zum Jahre 2010 um 50 Prozent reduziert werden soll. Das wurde als Erfolg gefeiert. Interesse an dieser Entwicklung haben aber insbesondere verschiedene Wasserkonzerne wie z.B. Vivendi, Themse Water (RWE), die sich

große Profite erhoffen. Die Privatisierung der Wasserversorgung muss deshalb verhindert werden.

Die Verpflichtung der Industrieländer, durch Unterzeichnung des Klimaschutz-Protokolls ihren Ausstoß an Treibhausgasen im nächsten Jahrzehnt zu senken, kann nun mit Zustimmung von Russland wirksam werden. Damit kann die Vereinbarung auch gegen die Weigerung der USA in Kraft treten. Das 1997 im japanischen Kyoto geschlossene Abkommen verpflichtet die Industriestaaten dazu, den Ausstoß von Treibhausgasen bis 2012 um durchschnittlich 5,2 Prozent gegenüber dem Stand von 1990 zu reduzieren. Damit das Abkommen in Kraft treten kann, musste es von mindestens 55 Ländern ratifiziert werden, die für mindestens 55 Prozent des Kohlendioxidausstoßes verantwortlich sind.

Eines der wichtigsten Ziele zur Bekämpfung der Armut in der Welt wurde nicht erreicht: den Abbau von Subventionen für die Agrar- und Energiewirtschaft verweigerten Länder wie z.B. USA, Frankreich, Australien und Kanada.

Es war wieder einmal ein Gipfel der Absichtserklärungen und nicht der Verbindlichkeiten. Bestimmend waren nicht die Forderungen der Armen, sondern erneut die Profitinteressen der Reichen.

### **Gewerkschaftliche Solidarität gefordert**

Als im Frühjahr 2002 CDU/CSU und FDP als politische Vollstrecker der deutschen Industrielobby im Bundesrat das ambitionierte Verbraucherinformationsgesetz zu Fall brachten, das den Konsumenten das Recht einräumen sollte, mehr über die Herkunft von Produkten zu erfahren, waren die Proteste aus den Gewerkschaften relativ schwach. Das mag u.a. daran gelegen haben, dass die internationalen sozialen Fehlentwicklungen bislang kaum spürbare gewerkschaftliche Gegenbewegungen ausgelöst haben. Die Machenschaften der Weltkonzerne finden immer noch zu wenig Beachtung. Die eher bescheidenen gewerkschaftlichen Dritte-Welt-Initiativen reichen nicht aus, um ein Bewusstsein von der existentiellen Bedrohung durch die Kapitalinteressen in der Arbeitnehmerschaft entstehen zu lassen. Dafür muss wesentlich mehr getan werden.

Es muss klar werden, dass es einen unmittelbaren Zusammenhang zwischen der brutalen Ausbeutung der Menschen in den armen Ländern und den Arbeitsplatzverlusten in den reichen Industrieländern gibt. Die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer dürfen sich nicht weiterhin in die Rolle von Konkurrenten drängen lassen. Es gibt gemeinsame Interessen der abhängig Beschäftigten in der ganzen Welt, für deren Durchsetzung die Betroffenen gemeinsam eintreten müssen. Die internationale Arbeit der Gewerkschaften darf sich allerdings zukünftig nicht mehr auf einige Experten und ausgesuchte Gremien beschränken. Vielmehr müssen internationale Begegnungen der Arbeitssuchenden und der Beschäftigten gefördert werden, um Solidarität auf Dauer und zielgerichtet zu organisieren.

Für die Politik international operierender Konzerne gibt es viele Beispiele. So schildert der erschütternde belgische Dokumentarfilm „Die Arbeiterinnen der Welt“ (Arte TV) die Vernichtung von rund 1400 Arbeitsplätzen des amerikanischen Konzerns Levi Strauss, einst weltgrößter Hersteller von Jeans, 1998 in Belgien und Frankreich und die Auftragsverlagerungen an Subunternehmer in Niedriglohnländer, in denen abhängig Beschäftigte weitgehend rechtlos sind. Das geschah nicht etwa, um Jeans aus Wettbewerbsgründen preiswerter anbieten zu können, sondern ausschließlich zur Steigerung des Profits. Dieser Film ist ein hervorragendes Dokument zum Thema Globalisierung und sollte in Gewerkschaftsveranstaltungen als Diskussions Einstieg eingesetzt werden.

Wichtig ist Aufklärung, sind Informationen über die Lebens- und Arbeitsbedingungen in anderen Ländern. Bevor jedes Tourismusangebot ungeprüft akzeptiert wird, sollten die Veranstalter mit konkreten Fragen zu den sozialen Verhältnissen im Reiseland konfrontiert werden.

Die großen Touristikkonzerne müssen lernen, dass Umsätze und Profite von menschenwürdigen Arbeitsbedingungen an den Urlaubsorten abhängig sind.

Die international tätigen Unternehmen müssen durch Gesetze und Tarifverträge gezwungen werden, die Einhaltung von Umweltschutz und Arbeitnehmerrechten nachprüfbar zu gewährleisten. Verstöße und Missbrauch müssen mit Sanktionen bestraft werden. In Frankreich und in den Niederlanden sind die Unternehmen bereits verpflichtet, regelmäßig Sozialberichte zu veröffentlichen, um die Einhaltung von Menschenrechten und Umweltvorschriften auch in ihren ausländischen Betrieben nachzuweisen.

Die Gewerkschaften müssen die Regierungen nachdrücklicher als bisher zwingen, alle Handelsbeziehungen zu überprüfen und besonders auf die Einhaltung der Menschenrechte, der Umwelt- und Sozialstandards hinzuwirken. In den Gewerkschaften muss ein neues Verständnis von der gemeinsamen internationalen Verantwortung für den Schutz der Natur und menschenwürdige Lebens- und Arbeitsbedingungen entwickelt werden. Über den konfliktreichen Arbeitsalltag hinaus muss der Kampf gegen Armut, Hunger und Not und gegen die Habgier der Konzerne Priorität erhalten.

Machen wir uns klar: Wir leben in einem der reichsten Länder der Welt zu einem Teil auf Kosten der armen Länder des Südens. Wir sind mitverantwortlich für die unvorstellbaren Leiden und den entsetzlichen Tod von vielen Millionen Menschen. Wie lange können und wollen wir die Diktatur des Kapitals noch ertragen?

Franz Kersjes (September 2002)

Buchempfehlungen:

Klaus Werner / Hans Weiss „Schwarzbuch Markenfirmen“, 352 Seiten  
Büchergilde Gutenberg, 15,90 Euro

Herbert Schui, Stephanie Blankenburg „Neoliberalismus: Theorie, Gegner, Praxis“  
192 Seiten, VSA-Verlag, 15,50 Euro

Michel Chossudovsky „Global brutal“, 480 Seiten, nur bei Zweitausendeins, 12,75 Euro